

Beschlussvorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro der Bürgermeisterin	Datum: 23.10.2006	
Tagesordnungspunkt 13.2	Bezeichnung der Vorlage: Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.10.2006 betreffend Verkehrssituation Ortseinfahrt Klinkum, Alte Landstraße / Buschend		
Vorlage-Nr: VO/0258/06			
Zu beraten im:			
Datum	Gremium		
31.10.2006 Rat der Stadt Wegberg			

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 18.10.2006 folgende Anfrage gemäß § 21 der Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse gestellt:

Bedingt durch eine Anzahl abgestellter und unbeleuchteter Anhänger (in unterschiedlichsten Größen), parkender Pkws , Transporter und Lkws , kommt es besonders zu Zeiten des Berufsverkehrs für ortsausfahrende Kraftfahrzeuge im Bereich der Alten Landstraße / Buschend in Klinkum häufig zu verkehrsgefährdenden Situationen. Für linksabbiegende Verkehrsteilnehmer aus der Straße Buschend in Richtung Wegberg verstärkt sich die Gefahrensituation dahingehend, weil diese - auf einer Höhe von ca.100 m. - den möglichen Gegenverkehr aus Richtung Wegberg kommend sehr schwer oder kaum einschätzen können. Sehr viele kritische Situationen haben sich bereits dort ereignet, diverse Spiegel wurden bereits abgefahren.

Seitens der Bürgerschaft wurde uns mitgeteilt, dass sich bereits mehrere Bürgerinnen und Bürger an den entsprechenden Fachbereich gewandt haben mit der Bitte zu prüfen, ob durch ein Parkverbot für eine Entspannung der Situation Sorge getragen werden kann.

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg bittet diesbezüglich um die Beantwortung folgender Fragen:

- Ist der Verwaltung die geschilderte Sachlage bekannt?
- Ggf. wann wurde der Verwaltung aus der Bürgerschaft die erste Mitteilung gemacht ? Wie viele Beschwerden, Anfragen, etc., hierüber sind der Verwaltung bekannt?
- Wie hoch schätzt die Verwaltung an dieser Stelle ein Unfallrisiko - insbesondere durch unbeleuchtete und tiefliegende Anhänger – ein ?
- Wann und ggf. welche Veranlassungen sind vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Anlage/n:

Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.10.2006